



Bad Schwalbach, den 30.11.2017

Niederschrift

Gremium	Ausschuss für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung
Sitzungsnummer	11/X. Wahlperiode
Datum	Dienstag, 28. November 2017
Sitzungsbeginn	16:00 Uhr
Sitzungsende	18:45 Uhr
Ort	KA-Sitzungszimmer

Teilnehmer:

Vorsitzender

Herr Paul Weimann	
-------------------	--

Stellv. Vorsitzende

Herr Roland Hoffmann	
----------------------	--

Landrat

Herr Frank Kilian	
-------------------	--

Mitglied

Herr Harald Schmelzeisen	
Herr Winfried Steinmacher	
Herr Hans-Josef Becker	
Herr Günter Heckel	
Frau Annette Reineke-Westphal	
Herr Volker Mosler	
Herr Christian Kessner	
Frau Wendy Penk	

Dezernent

Herr Günter F. Döring	
Herr Hans-Joachim Pirschle	

Stellv. Mitglied

Herr Lothar Metternich	
------------------------	--

entschuldigt

Herr Udo Scheliga	
Herr Karl Ottos	
Herr Dr. Clemens Mödden	
Frau Dr. Heidrun Orth-Krollmann	

Verwaltung

Frau Yvonne Grein	
-------------------	--

Schriftführer

Herr Karl-Heinz Gamber	
------------------------	--

Gäste

Herr Ralf Bördner	Zu TOP 2
Herr Andreas Wennemann	Zu TOP 2
Herr Axel Petri	Zu TOP 4 und 5

Öffentliche Tagesordnungspunkte:

Der Ausschussvorsitzende Weimann eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Energie Umwelt und Kreisentwicklung um 16.00 Uhr und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt die anwesenden Mitglieder, KB Döring, KB Pirschle sowie Landrat Kilian und Frau Grein von der Verwaltung. Als Gäste werden Herr Wennemann vom Naturpark-Rhein-Taunus, Herr Bördner von der Landesbetriebsleitung Hessen Forst und Herr Petri vom Eigenbetrieb Abfallwirtschaft begrüßt.

TOP 1.	DS	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Energie, Umwelt und Kreisentwicklung vom 05.09.2017
---------------	-----------	--

Abg. Hoffmann bittet das Protokoll vom 06.09.2017 bei TOP 2 DS X/403 wie folgt zu ändern.

Es liegt ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion vor.
Dem Änderungsantrag wird mit:

9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
und 1 Enthaltung
mehrheitlich

zugestimmt.

Die Vorlage wird mit den Änderungen mit

9 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
und 1 Enthaltung
mehrheitlich

beschlossen.

Das Protokoll von der Sitzung am 05.09.2017 wird mit den Änderungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

TOP 2.	DS X/455	Kenntnisnahme: Sachstand Biosphärenregion Rheingau Taunus/Wiesbaden/Mainspitze
---------------	-----------------	---

Landrat Kilian erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Frau Grein berichtet, dass im Main-Taunus-Kreis dem Kreistag die Beschlussempfehlung, der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie zuzustimmen, vorliegt und die Stadt Wiesbaden der Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie ebenfalls zugestimmt hat.

Ausschussvorsitzender Weimann weist darauf hin, dass die Zustimmung zur Erarbeitung einer Machbarkeitsstudie vom Kreistag des Rheingau – Taunus – Kreises bereits vorliegt.

Nach den Vorträgen von Herrn Wennemann vom Naturpark-Rhein-Taunus und Herrn Bördner von der Landesbetriebsleitung Hessen Forst beteiligen sich im Anschluss an der Aussprache, Landrat Kilian und die Abg. Schmelzeisen, Mosler, Metternich, Becker und Hoffmann.

Abschließend stellt Abg. Becker die Frage, ob der Kreistag des Rheingau – Taunus – Kreises bei diesem Projekt überhaupt zuständig ist, da einzig und allein die Kommunen betroffen sind und ihre Zustimmung hierzu zu erteilen haben.

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

Beschluss:

Vom aktuellen Sachstand des Themas Biosphärenregion Rheingau Taunus/Wiesbaden/Main Spitze wird Kenntnis genommen.

**TOP 3. DS X/460 Wildschäden im RTK;
hier: Berichtsantrag Nr. 04/17 der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 16.03.2017
-Stellungnahme der Verwaltung-**

Abg. Reineke-Westphal bemerkt, dass nicht alle Fragen des Antrages mit der Vorlage beantwortet wurden und übergibt dem Protokoll (**Anlage 1 der Niederschrift**) die noch offenstehenden Fragen mit der Bitte, diese noch zu beantworten. Landrat Kilian sagt dies zu und bittet die Abg. Reineke-Westphal der Verwaltung mitzuteilen, ob die beantworteten Fragen noch einer Nacharbeitung bedürfen, damit eine gesamtheitliche abschließende Stellungnahme der Verwaltung vorgelegt werden kann.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 4. DS X/451 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft 2018

Abg. Hoffmann bittet um Begründung und Erläuterung der Kostenansätze für 2018 folgender Konten:

Konto	Bezeichnung	Ansatz 2018 in €
4662	Dienstreisen	21.000,-
4670	Aus- und Fortbildung	40.000,-
4920	Telefon	35.000,-
4951	Gerichts- und Anwaltskosten	10.000,-

Herr Petri erläutert vorab mündlich einzelne Kostenansätze und sagt eine schriftliche Stellungnahme hierfür zu.

Dem Wirtschaftsplan wird sodann bei 1 Enthaltung
einstimmig

zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung**

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2018 wird wie folgt beschlossen:

- | | 2018 |
|--|--|
| 1. Der Wirtschaftsplan
wird gemäß §15 Eigenbetriebsgesetz
(GVBL II 1989 331 - 6) festgestellt. | |
| 2. Im Erfolgsplan werden die Erträge auf
die Aufwendungen auf
und der Jahresgewinn auf
festgesetzt. | 11.914.082,70 €
11.912.000,00 €
2.082,70 € |
| 3. Im Vermögensplan werden die Einnahmen auf
und die Ausgaben auf
festgesetzt. | 2.138.000,00 €
2.138.000,00 € |
| 4. Der Gesamtbetrag der Kredite wird auf
festgesetzt. | - € |
| 5. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-
ermächtigungen wird auf
festgesetzt. | - € |
| 6. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf
festgesetzt. | - € |

TOP 5. DS X/418 Jahresabschluss des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft zum 31.12.2016

Eine Frage der Abg. Reineke-Westphal wird von Herrn Petri beantwortet.

Dem Jahresabschluss wird einstimmig
zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft zum 31.12.2016, erstellt durch das Wirtschaftsprüfungsbüro Mittelrheinische Treuhand GmbH in 56068 Koblenz, zur Kenntnis.

Dem Kreistag wird empfohlen:

1. Die Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016.
1. Den Jahresgewinn in Höhe von 4.265,81 der Gebührenaussgleichsrücklage zuzuführen.
2. Der Betriebsleitung für das Jahr 2016 Entlastung zu erteilen.

TOP 6. DS X/458 Bewerbung um die Bundesgartenschau 2031 im Welterbe Oberes Mittelrheintal

Landrat Kilian erläutert die Vorlage. Abg. Hoffmann bittet um Darstellung der Bewerbungskosten. Landrat Kilian sichert die Beantwortung bis zur nächsten Kreistagssitzung zu.

Nach einer kurzen Aussprache zwischen Abg. Hoffmann und Landrat Kilian wird die Bewerbung um die Bundesgartenschau 2031 im Oberen Mittelrheintal einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen**

Beschluss:

I. Beschlussvorschlag:

1. Der Rheingau-Taunus-Kreis erklärt hiermit gegenüber dem Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal und der Deutschen Bundesgartenschau Gesellschaft (DBG), die in der BUGA-Machbarkeitsstudie vorgesehenen Verpflichtungen in Höhe von insgesamt 591.970,95 € ab dem Jahr 2020 ohne Abzug zu erbringen. Flexible Finanzierungsmöglichkeiten sind zu prüfen.
2. Die Vertretung des Rheingau-Taunus-Kreises in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Welterbe Oberes Mittelrheintal wird beauftragt, dem folgenden Beschlussvorschlag zur Zweckverbands-Versammlung am 11.01.2018 zur BUGA-Bewerbung zuzustimmen:
 - a. Der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal nimmt die vom rheinland-pfälzischen Innenministerium finanzierte BUGA-Machbarkeitsstudie an.
 - b. Der Zweckverband übernimmt die BUGA-Machbarkeitsstudie inklusive des Organisations- und Finanzierungsmodells, als verbindliche, einzige und abschließende Unterlage für die Bewerbung um die Bundesgartenschau im Jahr 2031.
 - c. Der Zweckverband und seine Kommunen bewerben sich um die Durchführung der Bundesgartenschau 2031.
 - d. Der Zweckverband wird nach Zusage durch die Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft zur Planung und Durchführung der Bundesgartenschau 2031 im Jahr 2018 gemeinsam mit der DBG und den Ausstellerkommunen die Bundesgartenschau 2031 Gesellschaft mit beschränkter Haftung (BUGA 2031 GmbH) gründen; der Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal, die Ausstellerkommunen und die Deutsche Bundesgartenschau Gesellschaft werden Gesellschafter zu gleichen Teilen.
 - e. Die Geschäftsführung für die Jahre 2018 bis 2021 soll durch die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. (EA) erfolgen.
 - f. Die BUGA-Geschäftsstelle wird im Jahr 2022 die Arbeit aufnehmen.

TOP 7.	DS X/398	Kreisweite Einführung des Katwarn Systems über die Rettungsleitstelle des Rheingau-Taunus-Kreises / Bürgerfreundliches Kommunalwarn- und Informationssystem über das Smartphone; Antrag Nr. 19 b/17 der CDU-Fraktion vom 26.07.2017
---------------	-----------------	--

Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzender Weimann wird TOP 7 und TOP 8 der Tagesordnung aufgrund der gleichen Thematik gemeinsam behandelt.

Abg. Mosler erläutert den Antrag. Landrat Kilian berichtet auf der Grundlage der Mitteilungsvorlage (Top 8 der EUKA-Sitzung) und dem beiliegendem HMdIS-Schreiben.

Nach einer kurzen Aussprache zwischen den Abg. Hoffmann, Reineke-Westphal und Metternich wird folgender Ergänzungsantrag

4. Die jährlichen Kosten sollen 5.000,-€ nicht übersteigen.

einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 3 Enthaltungen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird aufgefordert, das in zahlreichen kreisfreien Städten und Landkreisen bereits eingeführte und bewährte Informationssystem KATWARN für den Rheingau-Taunus-Kreis in Umsetzung des § 3 Abs. 1 Nr. 5 HBKG (Hessisches Brand- und Katastrophenschutzgesetz) anzuschaffen und zu implementieren.
2. Für die Anschaffungskosten ist ein Antrag auf Förderung bei der Hessischen Landesregierung zu stellen.
3. Für die technische Plattform ist ein Antrag bei der SV Kommunal zu stellen.
4. Die jährlichen Kosten sollen 5.000.- € nicht übersteigen.

TOP 8.	DS X/464	Kreisweite Einführung des KATWARN-Systems über die Rettungsleitstelle des Rheingau-Taunus-Kreises / Bürgerfreundliches Kommunalwarm- und Informationssystem über das Smartphone
---------------	-----------------	--

Abstimmungsergebnis: **zur Kenntnis genommen**

TOP 9. DS X/405 Bereitstellung zusätzlicher Züge während der Sanierung der Salzbachtalbrücke; hier: Antrag Nr. 20/17 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 03.08.2017, eingegangen am 07.08.2017

KB Döring berichtet, dass der RMV die Bereitstellung zusätzlicher Züge mit einer Vorbeifahrt an Wiesbaden für möglich hält. Es wird geprüft, ob die zusätzlichen Züge für den Fahrplan 2019 mit einfließen können. Eine vorzeitige Umsetzung im Jahresfahrplan 2018 würde sich anschließen, wenn die Umsetzbarkeit für 2019 in allen Aspekten gesichert ist.

Abg. Reineke-Westphal bittet KB Döring den EUKA zeitnahe über das Ergebnis der Prüfung zu unterrichten. KB Döring sichert dies zu. Bis dahin wird der Antrag zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

TOP 10. DS X/453 Ortsumgehung B275, Idstein-Eschenhahn, geplanter Rückbau der K 708; hier: Antrag Nr. 34/17 der AfD-Fraktion vom 06.10.2017

Abg. Kessner erläutert den Antrag. Im Anschluss beteiligen sich an der Aussprache Abg. Hoffmann, Reineke-Westphal und Penk. KB Pirsche berichtet über den Verfahrensstand des Projekts und erläutert das Projekt.

Die CDU-Kreistagsfraktion legt einen konkurrierenden Hauptantrag vor (**Anlage 2 der Niederschrift**). An der Aussprache hierzu beteiligen sich die Abg. Steinmacher, Hoffmann, Reineke-Westphal und Penk.

Nach der Aussprache wird der Antrag der AfD-Kreistagsfraktion

mehrheitlich

abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**

Stimmenverhältnis: 1 Ja-Stimmen 7 Nein-Stimmen 1 Enthaltungen

Dem Antrag von der CDU-Kreistagsfraktion wird

einstimmig bei 2 Enthaltungen

zugestimmt

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen**

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird gebeten, bezüglich des geplanten Rückbaus der K 708, wodurch die Anbindung zwischen B 275 und der K 707 wegfallen würde und damit insbesondere im Bereich der Autobahnauffahrt zur A3 in Richtung Köln erhebliche Verkehrsbehinderungen aufkommen könnten, zu prüfen, ob und wie eine weitere Auffahrt Idstein-Süd Richtung Köln realisierbar wäre und inwieweit dies eine verkehrliche Entlastung im Idsteiner Stadtbereich mit sich bringen würde.

**TOP 11. DS X/481 Tourismuskonzept für den Rheingau und den Untertaunus;
hier: Antrag Nr. 35/17 der FDP-Fraktion vom 18.10.2017,
eingegangen am 03.11.2017**

Nach der Erläuterung des Antrages durch den Abg. Hoffmann beteiligten sich an der Aussprache die Abg. Metternich und Mosler sowie Landrat Kilian. Landrat Kilian informiert darüber, dass dieses Thema in der nächsten Bürgermeisterdienstversammlung am 15.12.2017 behandelt wird. Landrat Kilian sichert zu, dass der EUKA und der KT über das Ergebnis der Bürgermeisterdienstversammlung zu diesem Thema informiert wird. Bis dahin wird der Antrag zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

**TOP 12. DS X/486 Emissionsfreie Fahrzeuge;
hier: Antrag Nr. 38/17 der SPD-Fraktion vom 07.11.2017**

Abg. Penk erläutert den Antrag. Landrat Kilian berichtet über den aktuellen Stand und die künftige Entwicklung des kreiseigenen Fuhrparks.

Die CDU-Kreistagsfraktion legt einen konkurrierenden Antrag (**Anlage 3 der Niederschrift**) vor.

Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen legen ebenfalls einen konkurrierenden Antrag (**Anlage 4 der Niederschrift**) vor.

Dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Weimann, die drei Anträge zu einem zusammenzufassen wird einstimmig bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Der nachfolgende Antrag

1. Der Kreisausschuss wird gebeten „Emissionsfrei/arme Fahrzeuge“ im Rheingau – Taunus - Kreis einzuführen.
2. Im Rheingau – Taunus - Kreis sollen zukünftig der Einsatz von „Emissionsfrei/arme Fahrzeuge“ erfolgen.
3. Der Kreisausschuss wird gebeten zeitnahe einen Maßnahmen-, Zeit- und Kostenplan vorzulegen.

wird einstimmig **beschlossen**

Stimmenverhältnis: 7-Stimmen 0 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

Abstimmungsergebnis: **einstimmig beschlossen bei 2 Enthaltungen**

Beschluss:

1. Der Kreisausschuss wird gebeten „Emissionsfrei/arme Fahrzeuge“ im Rheingau – Taunus - Kreis einzuführen.
2. Im Rheingau – Taunus - Kreis sollen zukünftig der Einsatz von „Emissionsfrei/arme Fahrzeugen“ erfolgen.
3. Der Kreisausschuss wird gebeten zeitnahe einen Maßnahmen-, Zeit- und Kostenplan vorzulegen.

TOP 13. DS X/483 Felssicherungsmaßnahmen im Rheingau-Taunus-Kreis von 2012-2017

Abg. Hoffmann bittet um die Aufstellung künftiger Felssicherungsmaßnahmen. KB Pirschle sagt die Aufstellung zum nächsten Kreistag zu.

Anmerkung des Schriftführers:

Künftige Felssicherungsmaßnahmen von Hessen Mobil:

B 54	Felsentor	100m	Netz	200T€	Ende 2018
B 54	Bereich K 694 südl.	900m	Netz, Zaun, Beräumung	450T€	Anfang 2018
B 54	Bereich K 694 nördl.	450m	Netz, Zaun, Beräumung	250T€	Ende 2018
B 54	SWA-Adolfceck	2.500m	Netz, Zaun, Beräumung	400T€	Ende 2018
B54	zw. K 694 u. K 682	150m	Netz, Zaun	200T€	ab 2019
B54	zw. K 682 u. L 3274	180m	Netz, Zaun	200T€	ab 2019
L 3031	Kettenbach-Daisbach	1500m	Zaun	400T€	ab 2019
L 3032	Hennethal-L3031	2000m	Netz, Zaun	400T€	ab 2019
L 3035	Dickschied	1000m	Netz, Zaun, Beräumung	400T€	ab 2019
L3455	Springen	100m	Netz,Zaun	150T€	ab 2019

Abg. Reineke-Westphal bittet, den EUKA über die künftigen Kreisstraßenbaumaßnahmen zu unterrichten. KB Pirschle sichert die Mitteilung für den nächsten EUKA zu.

Der Ausschussvorsitzende Weimann stellt fest, dass der Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 21.11.2017 „City-Bahn Wiesbaden-Bad Schwalbach“ dem EUKA nicht vorliegt und dieser dementsprechend im KT zu behandeln ist.

Bad Schwalbach, 30. November 2017

.....
(Paul Weimann)
Ausschussvorsitzender

.....
(Karl-Heinz Gamber)
Schriftführer